

Kanton Bern vor Machtwechsel

Während fast zehn Jahren war im bürgerlichen Kanton Bern eine linksgrüne Regierungsmehrheit am Ruder. Angesichts von zwei Rücktritten von SP-Regierungsräten zeichnet sich nun eine Rückkehr zum Normalfall ab.

RETO WISSMANN

BERN. Bei den Kantonswahlen 2006 mussten die bürgerlichen Parteien im Kanton Bern eine historische Niederlage einstecken: Sie verloren zwei ihrer fünf Sitze an Linksräte und hatten sich fortan im siebenköpfigen Regierungsrat mit der Minderheitenrolle zu begnügen. Dabei tickt die Berner Bevölkerung eigentlich mehrheitlich rechts: Bei den Parlamentswahlen im letzten Jahr haben 55 Prozent bürgerlich gewählt, SP und Grüne holten lediglich 30 Prozent der Stimmen. Trotzdem hielt der Sonderfall fast zehn Jahre.

Heftige Strategiediskussionen

Doch nun werden die Karten neu gemischt: Volkswirtschaftsdirektor Andreas Rickenbacher und Gesundheitsdirektor Philippe Perrenoud, beide von der SP, treten per Mitte nächsten Jahres zurück. Der über die Parteigrenzen hinaus geachtete Ökonom Rickenbacher machte bei seiner Ankündigung Mitte August berufliche Gründe geltend: Er wolle nochmals eine neue Herausforderung in der Privatwirtschaft annehmen. Bei Perrenoud, der vergangene Woche seinen Rücktritt angekündigt hat, sind es hingegen persönliche Gründe. Als Regierungsrat habe er «sich selbst entfremdet». Der Psychiater aus dem Berner Jura musste für seine Spitalpolitik ständig Kritik einstecken.



Philippe Perrenoud sagt, er trete aus persönlichen Gründen zurück.

Bild: ky/Lukas Lehmann

In den Parteizentralen wird nun bereits heftig über die Strategien für die Ersatzwahl diskutiert. Vor der Rücktrittsankündigung von Perrenoud schien alles klar: Die SVP als mit Abstand stärkste – und in der Regierung mit nur einem Sitz klar untervertreten – Partei hätte die Ausmarschierung wohl gewonnen. Der Regierungsrat wäre dann mit zwei Vertretern der SVP, zwei der SP und je einem der FDP, BDP und der Grünen wieder bürgerlich dominiert und der Normalfall wiederhergestellt gewesen.

Der Doppelrücktritt macht die Ausgangslage nun aber offener.

Linke wirft der SVP Arroganz vor

Die grosse Frage ist: Beansprucht die SVP beide freiwerdenden Sitze? Parteipräsident Werner Salzmann schliesst dies nicht aus. «Die SVP ist als einzige Partei überall im Kanton breit verankert und würde die Bevölkerung mit drei Regierungsräten ideal abbilden», sagt er. Die Linke wirft der SVP deshalb bereits Arroganz vor. «Es wäre ein übertriebener Machtanspruch und

schlecht für den Kanton Bern», sagt SP-Parteipräsidentin Ursula Marti. Die SVP muss auf jeden Fall vorsichtig agieren: 2006 haben die Bürgerlichen die Mehrheit verloren, weil die Wählerschaft ihren Anspruch auf sechs Sitze nicht goutiert hatte.

Bei der SP ist noch nicht ganz klar, ob sie tatsächlich beide Sitze verteidigen will. «Wenn zwei SP-Vertreter zurücktreten, ist es eigentlich normal, dass wir zwei Ersatzkandidaten stellen», sagt Ursula Marti. Ihr ist aber bewusst, dass die SP in den letzten

neun Jahren im Regierungsrat stark übervertreten war. Die Chance, in der Exekutive eine linke Mehrheit zu verteidigen, hält sie dennoch für intakt: «Bei diesen Wahlen geht es vor allem um Persönlichkeiten – und wir haben gute Leute.» Als Kandidaten sind bei der SP bereits die VCS-Präsidentin und Nationalrätin Evi Allemann und der ehemalige Fernsehmoderator und Nationalrat Matthias Aebischer im Gespräch. Bei der SVP haben der **Thuner Stadtpräsident Raphael Lanz** oder Fraktionschef Peter Brand Ambitionen.

Jura verkompliziert die Sache

Zusätzlich kompliziert wird die Ausgangslage jedoch, weil auch die Mitteparteien Anspruch auf ein Mandat erheben und der sogenannte Jurasitz neu zu besetzen ist. Dieser ist für einen Romand aus dem Berner Jura reserviert. Gute Chancen darauf hätte SVP-Mann Manfred Bühler. Er erhielt bereits 2014 mehr Stimmen als Perrenoud, fiel jedoch der speziellen Wahlarithmetik zum Opfer. Will die SVP nun tatsächlich den Jurasitz anpeilen, so müssten unter Umständen die deutschsprachigen Anwärter auf einen Regierungssitz zurückstehen.

Der Ausgang der Ersatzwahl vom 28. Februar ist also offen. Klar ist jedoch: Die Berner Bürgerlichen müssten schon sehr ungeschickt agieren, dass ihre Mission Machtwechsel scheitert.

Marignano: Sommaruga mit klaren Worten

BERN. Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga hat zum 500. Jahrestag der Schlacht von Marignano davor gewarnt, die Vergangenheit für Zwecke der Gegenwart zurechtzubiegen. Marignano sei für die Schweizer zu einem Mythos geworden, sagte sie in ihrer Rede am Ort der historischen Schlacht im italienischen Melegnano. Zwar seien Mythen für jede Nation wichtig, und deren Bedeutung dürfe nicht unterschätzt werden.

«Aber bei aller Hingabe, mit der wir die Geschichte beschwören, müssen wir aufpassen, dass wir nicht in der Vergangenheit gefangen bleiben», sagte Sommaruga. Denn das Schicksal der heutigen Schweiz sei nicht auf dem Schlachtfeld besiegelt worden. Für viele wichtige Etappen auf dem Weg zur heutigen Schweiz – wie dem Ausbau der Volksrechte, der Emanzipation der Frauen, der Schaffung der Sozialwerke oder der internationalen Einbettung der Schweiz – gebe es keine Mythen und keine Erinnerungsorte. Diese Meilensteine seien nicht auf Schlachtfeldern erkämpft worden, sondern mit Argumenten und Stimmzetteln.

Auch die Neutralität habe ihren Ursprung nicht auf diesen Feldern. «Aber nutzen wir die politischen Debatten rund um Marignano, um über uns nachzudenken.» So könne die Erinnerung Anlass zu Diskussionen geben, wie die Schweiz ihre Neutralitätspolitik im 21. Jahrhundert interpretieren soll. (sda)

Auseinandersetzungen in Bern fordern 22 Verletzte

BERN. Die Stadt Bern hat am Samstag den Kurdenkonflikt zu spüren bekommen. Bei Auseinandersetzungen rund um eine Kundgebung von Anhängern der Regierung und einer Gegenkundgebung von Kurden wurden mindestens 22 Personen verletzt, darunter fünf Polizisten. Die Auseinandersetzungen entzündeten sich rund um eine Kundgebung, zu der die Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD) aufgerufen hatte. Das ist eine Bewegung, die der in der Türkei regierenden AK-Partei nahe steht.

Mehrere Polizisten verletzt

Sie wollte gegen «jegliche Art von Terrorismus» demonstrieren und hatte dafür eine Bewilligung. Diese Kundgebung wollten Kurden und Sympathisanten von Anfang an verhindern. Deshalb versammelten sie sich schon vor Beginn der UETD-Kundgebung auf dem Helvetiaplatz. Die Polizei schlug den Kurden eigenen

Angaben zufolge vor, die Gegenkundgebung an einem anderen Ort durchzuführen. Doch gingen diese nach Polizeiangaben nicht auf das Angebot ein. Danach entschied die Polizei, den Helvetiaplatz zu räumen. Dabei griffen Demonstranten die Polizisten an und verletzten mehrere. Bei der Räumung des Helvetiaplatzes kam es aber auch zu gewalttätigen Übergriffen zwischen Kurden und Türken. Die Polizei setzte Tränengas und Gummischrot ein, um die Gruppen zu trennen.

Auch Amtshaus angegriffen

Während mehrerer Stunden waren der Helvetiaplatz und die Kirchenfeldbrücke hinüber zur Altstadt abgesperrt. Immer wieder fuhren **Ambulanzen** vor. Die Polizei führte mehrere Personen für Abklärungen auf eine Wache. Etliche Stunden nach den Auseinandersetzungen griffen schliesslich Demonstranten das Berner Amtshaus an und bewarfen es mit Farbbeuteln. (sda)

Polizeidirektoren sind für eine EU-Flüchtlingsquote

BERN. Ein Verteilschlüssel für die Flüchtlinge wäre auch im Interesse der Schweiz. Das sagte der Präsident der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren, Hans-Jürg Käser, in einem Interview gegenüber der NZZ am Sonntag. Er unterstütze eine europäische Migrationspolitik, sagte Käser. «Wurstelt jedes Land allein, kommen wir nirgends hin.» Alle EU-Staaten müssten sich aber angemessen beteiligen.

Eine Verknüpfung der Flüchtlingsfrage mit der Auszahlung der Kohäsionszahlungen an die

EU-Oststaaten kommt für ihn nicht in Frage. «Wollen wir rasch vorwärtskommen, ist es nicht sinnvoll, allerlei Bedingungen mit ins Spiel zu bringen.»

Der Schweiz könne man sicher nicht mangelnde Solidarität vorwerfen. Vermutlich erfülle sie ihren Teil am Verteilschlüssel bereits jetzt nahezu. Käser geht für dieses und nächstes Jahr von rund 30 000 Asylsuchenden aus. Bezüglich Unterkünften sei die Lage in allen Kantonen sehr angespannt. «Doch ein Chaos haben wir nicht», sagte er. (sda)

Anzeige

SVP ist die einzige Partei...

... die garantiert, dass

- die Zuwanderung begrenzt wird
- die Missbräuche im Asylwesen beseitigt werden
- kriminelle Ausländer ausgeschafft werden
- ein Anschluss an die EU verhindert wird

Darum am 18. Oktober

SVP wählen.

www.svp.ch

SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern, PC: 30-8828-5

